

(Minister Dr. Krumsiek)

- (A) denn diese\* Sammlung erbracht hat, wieviel auf den Konten eingegangen ist. Es hat sich doch eine Entwicklung vollzogen, die für jeden von uns - wenn er ehrlich ist - nicht vorhersehbar war.

Richterwahlausschuß: Sie kennen meine Haltung dazu. Sie wissen auch, daß ich aus verschiedenerlei Gründen - jedenfalls zum gegenwärtigen Zeitpunkt - gegen einen Richterwahlausschuß bin, der jedenfalls nach den Vorstellungen derjenigen, die ihn forderten, jeweils unterschiedlich strukturiert sein sollte. Diese unterschiedlichen Meinungen konnten zum jetzigen Zeitpunkt nicht in Einklang gebracht werden.

Lassen Sie mich noch einen Gedanken zu Herrn Dr. Klose äußern vortragen. Herr Dr. Klose, Sie haben den Fall der Freigänger und die Raubüberfälle in Grevenbroich angesprochen. Sie werden mir abnehmen, daß mich das sehr bewegt.

- (B) Ich stimme mit Ihnen in zwei Dingen überein: Wir sollten am Behandlungsvollzug festhalten, sollten spektakuläre Versagerfälle nicht zum Anlaß nehmen, das Gesamtsystem des Hafturlaubs in Frage zu stellen. Aber ich glaube, wir werden überprüfen müssen, ob wir bei den ersten Vollzugslockerungen wie Ausgang und Urlaub noch stärkere Kontroll- oder gar Hemmungsmechanismen einbauen müssen. Es gibt dazu Überlegungen und Vorschläge. Sie dürfen sicher sein, daß wir sie bei uns im Hause sehr gründlich prüfen und daß ich alsbald in dieser Sache auch Entscheidungen treffe und Sie darüber im Rechtsausschuß unterrichten werde. Nur wiederhole ich hier: Wir müssen an diese Fragen sehr behutsam herangehen, damit wir nicht die Gefahr erhöhen, daß unsere Vollzugsbediensteten in den Anstalten erhöhten Gewalttätigkeiten ausgesetzt sind.

Ich selbst darf mich, meine Damen und Herren, bei Ihnen dafür bedanken, daß es jedenfalls in Fragen des Vollzuges trotz unterschiedlicher politischer Auffassungen doch immer weitgehend einen Konsens gegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 10/4982 - Stichwort: Stellen für Bewährungshelfer - ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den

bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag abgelehnt. (C)

Wir stimmen nun über den Entwurf des Einzelplans 04 - Justizminister - ab. Wer dem Entwurf des Einzelplans 04 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksachen 10/4904 und 10/4975 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 04 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe nun auf:

#### Einzelplan 13: Landesrechnungshof

Hierzu liegt Ihnen die Drucksache 10/4913 mit den Beschlußempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses vor. Ich eröffne die Beratung. Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer dem Entwurf des Einzelplans 13 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 13 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe nun auf:

#### Einzelplan 01: Landtag

Hierzu liegt Ihnen mit Drucksache 10/4901 die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses vor. Ich eröffne die Beratung. Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. (D)

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Entwurf des Einzelplans 01 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 01 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe nun auf:

#### Einzelplan 12: Finanzminister

in Verbindung damit:

#### Einzelplan 14: Allgemeine Finanzverwaltung

Es liegen Änderungsanträge vor, und zwar mit Drucksache 10/4988 - Neudruck - ein

(Vizepräsident Dr. Riemer)

- (A) Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Einzelplan 14 und mit Drucksache 10/4991 ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD zum Einzelplan 14. Mit den Drucksachen 10/4912 und 10/4914 liegen Ihnen die Beschlußempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses zu diesen beiden Einzelplänen vor.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abg. Riscop von der Fraktion der CDU das Wort.

Riscop (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es muß doch eine reine Freude sein, in dieser Zeit Finanzminister zu sein.

(Zustimmung des Abg. Schauerte (CDU))

Die Steuerquellen sprudeln wie noch nie. Enthielt der letzte Haushalt der vergangenen Wahlperiode Steuereinnahmen in Höhe von 41 Milliarden DM, so werden die Steuereinnahmen im laufenden Jahr 1989 um über 4 Milliarden DM auf 51 Milliarden DM ansteigen.

Die Landesregierung hat in ihrer Zweiten Ergänzungsvorlage die Steuermehreinnahmen für 1990 nach der Steuerschätzung auf 1,8 Milliarden DM festgesetzt. Bei unseren Berechnungen kamen wir auf eine Steuermehreinnahme von 1,6 Milliarden DM. Dies beweist, mit welcher Vorsicht wir an diese neuen Daten herangegangen sind. Und ebenso beweist dies die Seriosität unserer finanzpolitischen Überlegungen.

(B)

In unseren Anträgen in den Fachausschüssen und im Haushalts- und Finanzausschuß haben wir allen beantragten Mehrausgaben Deckungsvorschläge durch Minderausgaben gegenübergestellt. Darüber hinaus blieb aus unseren Kürzungsvorschlägen noch ein Überschuß zur zusätzlichen Schuldenminderung.

Der Vorwurf, unsere Finanzpolitik sei unsolide, läuft ins Leere. Unsere Zahlen beweisen das Gegenteil.

Die Steuereinnahmen steigen in unserem Lande im Jahr 1990 gegenüber dem Vergleichsjahr 1985 um über 25 % an. Dies haben wir der hervorragenden Wirtschaftskraft und dem Fleiß unserer Mitbürger zu verdanken - dank der Entscheidungen, die die Bundesregierung für die Wirtschaft, den Handel und das Gewerbe getroffen hat. Leider sind auch die Schulden und die hieraus resultierenden Haushaltsbelastungen erheblich angestiegen. Waren es zu Beginn des Vergleichsjahres 1985 noch 75 Milliarden DM, so werden es Ende 1990 110 Milliarden DM sein; die Ver-

schuldung ist also trotz hervorragender Steuereinnahmen und günstiger Zinslage über 30 % angestiegen. Ebenso steigt die Zinsbelastung auf über 6,8 Milliarden DM im Jahr 1990; das sind fast 19 Millionen DM Zinszahlungen am Tage.

(C)

Wir wollen in jedem Fall sicherstellen, daß die geschätzten Mehreinnahmen den Gemeinden im Gemeindefinanzierungsgesetz zusätzlich bereitgestellt werden. Der größte Teil der Steuermehreinnahmen soll zur Schuldenverminderung Verwendung finden. Wir wollen die Schuldenminderung von 758 Millionen DM um 325 Millionen DM auf 1 083 000 000 DM erhöhen - 325 Millionen DM mehr, als die Mehrheitsfraktion und die Landesregierung wollen.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden weiterhin versuchen, unser Ziel, die Nettoneuverschuldung auf Null zu fahren, recht bald zu erreichen. Die noch verbleibenden Einnahmeverbesserungen sollen für den Bau weiterer Wohnungen, das Landeserziehungsgeld und für die innere Sicherheit Verwendung finden. Dies ist in ausreichendem Maße bereits begründet worden. Ich möchte noch zwei Anträge zu den Einzelplänen 12 und 14 begründen.

Wir beantragen, die Sonderrücklage bei der Westdeutschen Landesbank in Höhe von 69 Millionen DM aufzulösen. Wir sind der Auffassung, daß die bei der letzten Kapitalerhöhung nicht in Anspruch genommene Sonderrücklage für dringende landeseigene Zwecke verwendet werden soll und zur Vermeidung weiterer Verschuldungen aufzulösen ist, daß die Schuldenaufnahme auf den sonstigen Kreditmärkten in Kapitel 14 650 um 325 Millionen DM zu vermindern ist und daß die Zinsen für Kreditmarktmittel bei Titel 575 10 um 200 Millionen DM zu senken sind. Die Landesregierung ist bei der Aufstellung des Haushalts 1990 und der Landtag bei der Verabschiedung des Haushalts 1989 von einer wesentlich höheren Nettoneuverschuldung ausgegangen. Da sowohl 1989 als auch 1990 aufgrund wesentlich höherer Steuereinnahmen mit einer geringeren Schuldenaufnahme zu rechnen ist, kann der Zinstitel um 200 Millionen DM reduziert werden.

(D)

Wir beantragen ferner, die globale Minderausgabe in der bisherigen Höhe von 630 Millionen DM bestehen zu lassen. Die Absenkung um 230 Millionen DM ist der erste Schritt zum Verlassen der Bemühungen in Richtung auf weniger Schuldenaufnahme. Hier wird den Ressorts die Notwendigkeit des Sparens

(Riscop (CDU))

- (A) erlassen, und die Ausgaben werden in die Höhe getrieben.

Ich wollte nun zu den Bauunterhaltungsmaßnahmen etwas sagen. Das lasse ich aber bleiben, denn der Finanzminister hat mir heute einen Brief geschrieben. Wir können das im Ausschuß diskutieren und erledigen.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zur Öffentlichkeitsarbeit machen! Dazu haben wir im Haushalts- und Finanzausschuß einen symbolischen Antrag gestellt. Wir haben einmal addiert, daß im gesamten Landeshaushalt 16 Millionen DM für die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung zur Verfügung gestellt werden. Wir sind der Auffassung, daß bei der noch immer außerordentlich hohen Schuldenaufnahme im Landeshaushalt hier ein Zeichen der Sparsamkeit gesetzt werden sollte. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß jede Handbewegung der Denkmalbehörde oder der Staatshochbauämter in aufwendigen Druckschriften festgehalten werden muß. Eine Reihe dieser Schriften ist das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt sind. Für einige Schriften gilt der Spruch: Die Information, die wir haben, ist nicht die, die wir wünschen; die Information, die wir wünschen, ist leider nicht verfügbar.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Frechen von der Fraktion der SPD das Wort.

(B)

Frechen (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Je mehr sich dieser Freitagnachmittag dem Abend zuneigt, um so schwieriger wird es sein, den Saal zu füllen und die Aufmerksamkeit zu behalten. Deswegen ist jeder Redner gut beraten, sich kurz zu fassen. Das will auch ich tun. Ich hatte zwar eine umfangreiche Rede vorgesehen, habe sie aber auf meinem Platz gelassen. Meine Damen und Herren, ich hoffe, Sie haben dafür Verständnis, daß ich nur auf einige wenige Punkte eingehe. -

(Allgemeiner Beifall)

Der Einzelplan 12 ist im wesentlichen ein Personalhaushalt. Wir haben nicht zuletzt durch die Steuergewerkschaft erfahren müssen, Herr Kollege Dorn, daß es hier ganz offensichtlich Defizite gibt zwischen dem, was nach Auffassung der Gewerkschaft an Personal notwendig wäre, und dem, was der Finanzminister in dem Konflikt zwischen Angemessenheit und Bedarfsgerechtigkeit glaubte vertreten zu können.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, ein Finanzminister, der von seinen Kabinettskollegen Einschränkungen fordert, ist gut beraten, wenn er selbst mit gutem Beispiel vorangeht. Wir wissen aber andererseits auch, daß die Steuerverwaltung schon seit langem eine gut funktionierende Personalbedarfsrechnung hat und daß es nach dieser Rechnung tatsächlich im Bereich der Steuerverwaltung und der Finanzbauverwaltung Defizite gibt. Zur Zeit, das werden Sie wissen, werden Organisationsuntersuchungen durchgeführt. Im übrigen erhoffe ich mir auch durch die neu eingerichtete "Arbeitsgruppe Aufgabenkritik" weitere Aufschlüsse. Sobald diese Fakten im nächsten Jahr vorliegen, werden wir im Lichte dieser Zahlen zu überlegen haben, inwieweit wir hier weiter helfen können.

(C)

Es ist aber nicht so, meine Damen und Herren, daß in der Vergangenheit nichts getan worden wäre. Ich darf daran erinnern, daß von 1984 bis 1989 insgesamt 3 577 Beamte des gehobenen Dienstes und 1 574 Beamte des mittleren Dienstes eingestellt worden sind - also immerhin ein jährlicher Durchschnitt von fast 600 bzw. 250 Stellen in den beiden Bereichen. Das Niveau kann 1990 gehalten werden. 90 Angestelltenstellen werden prolongiert, und, Herr Dorn, unsere gemeinsamen Bemühungen in der Düsseldorfer Messe bei der Steuergewerkschaft haben immerhin dazu geführt, daß der gehobene Dienst um weitere 40 und der mittlere Dienst um weitere 25 Beamte aufgestockt wurde. Insofern war meine Aussage vor den Gewerkschaftlern, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen worden sei, richtig. Sie meinten das gestern anmerken zu müssen.

(D)

Weiterhin haben wir 20 Stellen für ADV-Trainer und 15 für Anwendungsbetreuer zugesagt. Die Finanzverwaltung ist ja eine der Verwaltungen, die sich schon seit langem durch die Anwendung der ADV Arbeitserleichterungen verspricht und im einzelnen auch durchgesetzt hat. Der Finanzausschuß war vor einigen Wochen in Münster und hat das in Demonstrationen sehr eindrucksvoll erleben können.

Last but not least weise ich darauf hin, daß durch die Aufhebung der Wiederbesetzungssperre rund 530 Stellen zusätzlich im Einzelplan 12 angesetzt werden können.

Meine Damen und Herren, dann bleibt mir noch, auf den Einzelplan 14 einzugehen. Herr Kollege Riscop hat ja am Anfang seiner Ausführungen auf die Verschuldung des Landes abgehoben. Ich weiß nicht, woher Sie die Zahl von 110 Milliarden haben, Herr Kollege

(Frechen (SPD))

- (A) Riscop. Jedenfalls betrug die Zahl zum 30.9. dieses Jahres 91 Milliarden DM.

Herr Kollege Schauerte, der sich hier oft als "finanzpolitische Cassandra" darstellt, hat ja ein lebhaftes Interesse an dieser 100-Milliarden-Grenze. Das scheint für ihn eine Obsession zu sein. Herr Schauerte, Sie erkundigen sich praktisch bei jeder Sitzung: Sind denn nun die 100 Milliarden überschritten oder nicht? Das schwankt ein wenig.

Ich darf Ihnen sagen, daß diese Grenze beim Bund bereits in der Regierung Kohl überschritten worden ist. Als er die Regierung übernahm, waren es 308,5 Milliarden DM. Die hat er mittlerweile um 170 Milliarden DM überschritten - und das allein von 1982 bis 1988! Ich glaube, in diesem Jahr wird die 500-Milliarden-Grenze im Bund überschritten. Also: Wenn Sie ein enges Verhältnis zum Überschreiten von Milliardengrenzen haben, dann müssen Sie sich zunächst einmal an den Bund wenden.

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

Im übrigen spielt das keine Rolle. Herr Dautzenberg, Sie müßten das als Ökonom wissen. Es kommt vielmehr darauf an: Wie ist denn eigentlich die Pro-Kopf-Verschuldung? Da nimmt ja nun Nordrhein-Westfalen bestenfalls einen Mittelplatz ein.

(Schauerte (CDU): Wie bitte? Unter den Ländern einen Spitzenplatz!)

- (B) - Herr Schauerte, ich darf Ihnen die Prozentsätze nennen. Wenn Sie das auf den Kopf der Bevölkerung umlegen, dann liegt Nordrhein-Westfalen mit einer Quote von 16,5 % in 1988 hinter Bayern - das ist richtig! - mit 6,8 %, Baden-Württemberg mit 9,4 % und Hessen mit 11,3 %. Aber Nordrhein-Westfalen liegt vor Rheinland-Pfalz mit 16,9 %, Niedersachsen mit 17,3 %, Schleswig-Holstein mit 22,6 % und dem Saarland mit 30,8 %.

(Schauerte (CDU): Sie haben doch von der Pro-Kopf-Verschuldung gesprochen. Was haben denn die Prozentsätze mit Pro-Kopf-Verschuldung zu tun?)

Sie sehen also, daß Nordrhein-Westfalen hier wider Erwarten in bezug auf die Verschuldung nur einen Mittelplatz einnimmt. Wir finden die Verschuldung in dieser Höhe natürlich auch nicht besonders gut, meinen aber, sie angesichts des Strukturwandels, den wir in diesem Lande erfolgreich bewältigt haben, immer noch vertreten zu können.

(C) Meine Damen und Herren! Sowohl der Einzelplan 12 als auch der Einzelplan 14 zeigen deutlich - und das ist eben von Herrn Kollegen Riscop auch schon angedeutet worden -, daß wir in diesem Jahr bei den entsprechenden Steuereinnahmen einen guten Kompromiß zwischen Wünschenswertem und Notwendigem gefunden haben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dorn das Wort.

Dorn (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 12 ist traditionell ein Haushalt, in dem es nie zu dramatischen Änderungen kommt. Das trifft auch für den vorgelegten Haushalt 1990 zu.

Die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" hat sich auf zusätzliche Stellen für die Finanzverwaltung verständigt: 40 Finanz- und 25 Steueranwärter, insgesamt also 65 Angestelltenstellen.

So erfreulich das ist - wir sind uns über die Arbeitssituation in der Finanzverwaltung im klaren, und da sind 100 zusätzliche junge Leute natürlich weniger als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Wir meinen, daß es so einfach nicht weitergehen darf. Auf Dauer wird es, wenn sich die Arbeitsbelastung so weiterentwickelt wie bisher, mit Verstärkungen in dieser Größenordnung nicht ausreichen, zumal die Regierungsvorlage überhaupt keine Verstärkung für den zusätzlichen Bereich in der Steuerverwaltung vorgesehen hatte.

Ich habe Verständnis für die Unruhe in der Finanzverwaltung. In Einzelbereichen, ich denke zum Beispiel auch an die Steuerfahndung, ist die Personalausstattung so miserabel, daß in der Tat von einer Gleichmäßigkeit der Besteuerung im Zweifelsfall kaum noch gesprochen werden kann.

Wir begrüßen daher ausdrücklich die Anstrengungen, die Automatisierung des Besteuerungsverfahrens fortzusetzen und in Richtung auf ein dialogorientiertes Computerverfahren zu modernisieren.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat sich darüber in Münster informiert, wie die Automatisierung technisch vorangetrieben werden soll. Das gilt ja auch in einem anderen System für den Bereich der Finanzbauverwaltung.

(D)

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Wir wissen auch um die besonderen Probleme, die darin liegen, nach Möglichkeit den Arbeitsplatz jedes Sachbearbeiters mit einem Bildschirmgerät auszurüsten. Aber dazu sind die meisten Amtsstuben der Finanzämter gar nicht eingerichtet. Es müßten also erst einmal enorme Installationen technischer Art geschaffen werden, um das durchsetzen zu können. Wir meinen also, daß hier nicht gekleckert werden darf, sondern geklotzt werden muß.

Nun haben Sie, Herr Finanzminister, am 29.11. in einer Pressekonferenz gesagt, daß ein Abbau der immensen Staatsverschuldung von Nordrhein-Westfalen an der Bonner Steuerreform scheitere. Dazu möchte ich doch ein paar Bemerkungen machen.

Die ersten beiden Stufen der Steuerreform sind ja bereits in Kraft getreten. Trotz der Steuerreform hat es aber entgegen allen Ihren Voraussagen nicht Mindereinnahmen gegeben, sondern im Gegenteil Rekordmehreinnahmen:

(Zustimmung bei der CDU)

auf Landesebene zum Beispiel auch in diesem Jahr wieder von Januar bis Oktober 10,8 %; das sind über 4 Milliarden DM mehr als im Vorjahr.

- (B) Auch als die Steuerreform in Bonn noch nicht gesetzlich beschlossen war - und das ist etwas Entscheidendes, Herr Minister! -, sah die Finanzplanung der Landesregierung nicht etwa einen Schuldenabbau in 1990 vor, sondern immer weitere Kreditaufnahmen. Ein Schuldenabbau war also 1990 auch in Ihrer Finanzplanung überhaupt nicht vorgesehen, so daß das, was Sie hier in der Sache gesagt haben, doppelt unrichtig ist.

Die beiden bisherigen Stufen der Steuerreform haben zu einem höheren Privatverbrauch und damit auch zu mehr Wirtschaftswachstum und auf diesem Wege indirekt zu höheren Steuereinnahmen beigetragen. Mit der Höhe der Steuereinnahmen, meine sehr verehrten Damen und Herren, können wir ja nur zufrieden sein und ist sicher auch der Finanzminister zufrieden.

Wir haben aber doch noch ein Fragezeichen hinter die Positionen zu setzen, die Sie, Herr Minister, angegeben haben. Sie haben in Ihrer Pressekonferenz am 29. November wörtlich ausgeführt:

Für 1989 kann Nordrhein-Westfalen dagegen mit beeindruckenden Mehreinnahmen in einer Größenordnung von 3 Milliarden DM rechnen.

(C) Zu demselben Zeitpunkt hatte aber Nordrhein-Westfalen bereits über 4 Milliarden DM mehr eingenommen. Das haben Sie selbst in der Information Ihres Hauses vom 14. November 1989 ausgewiesen, nämlich 4 013 147 000 DM mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Da fehlt also eine ganze Milliarde bei dem, was Sie dort ausgeführt haben, gegenüber dem, was Sie hier in der Pressekonferenz und in der Vorlage uns gegeben haben. Und man kann ja wohl nicht davon ausgehen, daß im November und im Dezember eine Milliarde weniger Steuereinnahmen eingehen werden, als Sie es im Rahmen des Haushalts vorgesehen haben. Deshalb ist nach unserer Auffassung das, was Sie hier vorgetragen haben, nicht überzeugend.

Eine letzte Bemerkung, Herr Minister! In der Landtagssitzung am 08.09.1988 haben Sie ausgeführt:

Ich sage Ihnen nur jetzt schon zu, daß jede zusätzliche Mark Steuereinnahme

- "über den Haushaltsansatz hinaus", muß man da ja wohl ergänzen -

voll zur Zurückführung der Nettokredit-ermächtigung verwendet wird und nicht für zusätzliche Ausgaben.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

(D) Herr Minister, in der Praxis ist ja wohl nicht eingetreten, was Sie dem Parlament zugesagt haben.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU)  
- Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile dem Herrn Finanzminister das Wort.

Schleußer, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, Herr Kollege Schauerte, daß, wenn schon seit 16 Uhr über späte Nachtstunden geredet wird, es gegen 18 Uhr fast so weit sein müßte. Ich gehe ebenfalls davon aus, daß es Zeit genug geben wird, uns in der dritten Lesung und in der Antragsberatung zur dritten Lesung hier noch einmal intensiv über eine Reihe von Einzelfragen zu unterhalten, die im Verlauf der Diskussionen heute und gestern eine Rolle gespielt haben, obwohl man ja heute nachlesen konnte, daß gestern an sich nicht über den Haushalt, sondern über vieles geredet worden sei, meistens aber nicht über das - so die Bewertung der jeweiligen Kommentatoren -, was wohl zum

(Minister Schleißer)

- (A) Haushalt angebracht gewesen wäre. Ich will mich deshalb hier auf wenige Sätze beschränken.

Herr Kollege Dorn, Sie sagen, die Frage der Steuerfahndung bereite Ihnen besondere Sorgen, wenn Sie sich den Einzelplan ansähen. Nur, wenn man dann einen Ländervergleich zieht - ich kenne da andere Äußerungen, auch aus Ihren Reihen -, dann stellt man fest, daß bundesweit die Steuerfahndung in Nordrhein-Westfalen mit weitem Abstand an der Spitze liegt. Das gilt sowohl für den Personaleinsatz der Steuerfahnder wie auch für deren Ergebnis, das ja wohl zwangsläufig mit dem erhöhten Personal in Einklang zu bringen ist.

Ich hatte Ihnen bereits in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses angeboten, mich für die Aufhebung der Vertraulichkeit von Unterlagen beim Bundesfinanzminister einzusetzen, damit Sie die Ergebnisse nordrhein-westfälischer Steuerfahndung im Vergleich zu denen der übrigen Länder einmal sehen könnten.

Sie wissen, was das Personal der Steuerverwaltung angeht, daß wir in den beiden Schulen, die dem Finanzminister zur Verfügung stehen, bis an die äußerste Grenze der Kapazität ausgebildet haben und auch weiterhin ausbilden werden. Dazu trägt das auch bei.

- (B) Was den Bereich der Automation angeht, so kann ich Ihnen nur sagen - auch das ist im Ausschuß wiederholt dargestellt worden -: Wir werden da nicht kleckern, sondern werden klotzen. Dafür gibt es gute Belege: Das sind die Haushalte 1989 und 1990.

Sodann haben Sie eine Aufklärung darüber verlangt, wie es eigentlich mit den Steuereinnahmen des Jahres 1989 aussieht. Sie haben gefragt, wie denn zwischen meinen Aussagen in den Ihnen schriftlich übergebenen Berichten und dem, was ich ansonsten gesagt habe, ein Einklang herzustellen sei.

Herr Kollege Dorn, im Haushaltsansatz 1989 stehen 49 Milliarden DM, und ich gehe davon aus - das ist in der Presse und vor der Presse dargelegt worden -, daß das Ergebnis am 31. Dezember in die Nähe von 52 Milliarden DM kommen wird. Das heißt: Da liegt genau die Differenz zwischen 49 Milliarden DM und 52 Milliarden DM Ansatz, Soll und Ist gegenübergestellt. Ich finde, es ist an sich eine saubere Darstellung für Finanzpolitiker, wenn man versucht, die Soll-Ergebnisse und die Ist-Ergebnisse gegenüberzustellen und daran eine Entwicklung zu sehen.

(C) Ich bin sicher, daß wir uns noch häufig damit werden beschäftigen müssen, wie denn Steuerentlastungen sich auswirken. Natürlich hat auch konjunkturelle Entwicklung, hat auch konjunkturelles Aufholen eines Bundeslandes damit zu tun, daß Steuereinnahmen überdurchschnittlich wachsen. Das ist in Nordrhein-Westfalen der Fall gewesen.

Ein überdurchschnittliches Wachstum ergab sich allerdings auch durch die Quellensteuer, die in keinem Land solche Ergebnisse wie in Nordrhein-Westfalen gebracht hat. Wie wir wissen, ist sie seit dem 1. Juli nicht mehr Bestandteil der Steuereinnahmen. Das wird Auswirkungen haben, und ich sage doch nicht mehr und nicht weniger - und, Kollege Riscop, Ihnen das auch gleich gesagt - als der Bundesfinanzminister, wenn ich ihn in seiner Rede zum Haushalt 1990 vor dem Deutschen Bundestag mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren darf:

Natürlich wird die Nettokreditaufnahme 1990 im Zusammenhang mit der Steuerentlastung, die allein den Bund 10,5 Milliarden DM kostet, zur Erhöhung der Kreditaufnahme führen.

So wörtlich der Bundesfinanzminister! Ich sage hier nichts anderes, und dann erklären Sie, das sei keine korrekte Formulierung, und ich würde mich daran vorbeimogeln.

(D) Lieber Herr Kollege Riscop, Sie sagten nun, es sei eine Freude, in der gegenwärtigen Zeit Finanzminister zu sein. Was meinen Sie, welchen Spaß es machte, Finanzminister zu sein, wenn die Opposition auch das wollte, was sie hier vor dem Parlament aussagt!

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Dann kämen wir wirklich, vielleicht gemeinsam, zu noch besseren Darstellungen der Nettokreditermächtigung; dann würde die Kreditaufnahme noch niedriger sein.

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

- Ziehen Sie ab! Das ist so, wie Sie Ihre Deckungsvorschläge machen, wie Herr Kollege Riscop es ja auch wieder angeboten hat. Herr Kollege Dautzenberg, da wird zunächst einmal präsentiert: Deckung bei den Zinsen! - Ja, glauben Sie, ich würde eine Mark mehr Zinsen zahlen als notwendig ist?

(Zurufe von der CDU)

- Das sind Zwangsläufigkeiten! Es ist ein kaum noch zu begreifender Tatbestand, daß nach solchen Möglichkeiten der Kostendeckung

(Minister Schleußer)

- (A) gesucht wird. Zinsen sind zwangsläufig. Sie kennen die Zinsentwicklung; sie deutet auf alles mögliche hin, allerdings nicht darauf, daß man dabei sparen kann.

Was machen Sie noch? Sie glauben, bei den Asylanten 100 Millionen DM einsparen zu können. Ich habe Ihnen bereits im Ausschuß belegt: Wenn das, was der Bundesinnenminister mit den Innenministern der Länder vereinbart hat, Wirklichkeit wird, werden wir keine Entlastung, sondern ein Mehr im Jahre 1990 bekommen, weil die zentrale Einrichtung solcher Stellen eben zusätzliches Geld kostet. Sie können sich die Vereinbarung ja sicherlich ansehen; dann wird das deutlich.

(Zuruf des Abg. Bensmann (CDU))

Wenn ich die beiden großen Bereiche herausnehme, dann sind schon mehr als drei Viertel Ihres sogenannten Deckungsvorschlages verbraucht.

Dann haben Sie noch einen kleineren Deckungsvorschlag gefunden, immerhin noch mit einem Gewicht von 69 Millionen DM, wonach die bisher eingestellten Mittel für die Aufstockung des Kapitals bei der WestLB abgezogen werden sollen. Sie befinden sich da im Widerspruch zu einem Beschluß des Landtags. Auch das ist in der Ausschußsitzung dargelegt wurden. Es gibt keine rechtliche Grundlage, davon abzuweichen.

- (B) Nun haben Sie heute einen neuen, zusätzlichen Deckungsvorschlag eingebracht, der bedeutet, die globale Minderausgabe wieder auf den ursprünglichen Ansatz anzuheben. Sie lassen völlig außer acht, daß in der Zwischenzeit das Haushaltsgesetz geändert worden ist, daß es da Sperrn gibt im § 6 Abs. 7 und auch in Abs. 8, die erhebliche Mittel einbringen werden. Daneben noch eine globale Minderausgabe in einer Höhe von 640 Millionen DM vorzusehen, halte ich für unverantwortlich.

Zur Öffentlichkeitsarbeit eine letzte Anmerkung für heute! Ich habe mir einmal die Zahlen angesehen, Herr Kollege Riscop. Wenn die zentrale Führung der Bundesländer - und das ist vergleichbar, weil es einheitliche Schlüssel gibt - in Nordrhein-Westfalen nur den Durchschnitt der Flächenländer erreichen würde, müßte ich Ihnen eine Summe nennen, die Sie kaum glauben könnten. Darum eine andere! Ich vergleiche mit Bayern, dem uns am nächsten kommenden Land, was die Kosten der politischen Führung angeht. Kostete die politische Führung in Nordrhein-Westfalen den einzelnen nordrhein-westfälischen Bürger

soviel, wie die bayerische Landesregierung den bayerischen Bürger kostet, (C)

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

hätten die Bürger 200 Millionen DM jährlich zusätzlich aufzubringen.

(Schauerte (CDU): Aber die Ergebnisse!)

Ich finde, das ist wieder ein Beleg - Kollege Schauerte! - für das sorgfältige Umgehen mit Geld in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD - Schauerte (CDU): Aber Ihre Ergebnisse, Herr Kollege!)

- Auch über die Ergebnisse werden wir weiter reden, und Sie werden beeindruckt sein.

Ich darf mich bei Ihnen bedanken. Ich glaube, daß Nordrhein-Westfalen mit seinen Finanzen auf einem guten Wege ist. Ich habe mich gefreut über die guten Wünsche des Kollegen Riscop, der meinte, es müßte Spaß machen, Finanzminister zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den Einzelplan 12 ab. Wer dem Entwurf des Einzelplans 12 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/4912 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 12 in zweiter Lesung angenommen. (D)

Wir stimmen jetzt über den Einzelplan 14 ab und da zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/4988 (Neudruck). Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 10/4991 ab. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist angenommen.

(Trinius (SPD): Einstimmig!)